

Bertelsmann Stiftung legt Studie zum Beziehungsgeflecht von Politikern und Medien vor

Politische Skandale haben weiter Konjunktur

Von Herbert Kordes, z. Z. Bonn

Bonn. Insider wissen es schon längst: Die so oft mit stolzgeschwellter Brust verkündete Unabhängigkeit der Presse ist auch nicht mehr das, was sie mal war. Vielleicht war sie es auch nie. Aber da heutzutage nichts amtlich ist, was nicht „wissenschaftlich bestätigt“ ist, machten sich drei Wissenschaftler und eine Wissenschaftlerin im Auftrag der Bertelsmann Stiftung auf die Suche nach Verflechtungen zwischen Politik und Medien. Sie wollten der vielbeklagten „Politikverdrossenheit“ ein Stück auf die Spur kommen — und wurden fündig.

„Die Studie zeichnet ein beunruhigendes Bild von der politischen Kultur in Deutschland“, meinte denn auch Ulrich Saxer, Kommunikationswissenschaftler und Mitvorstand der Stiftung, bei der Vorstellung der Untersuchung gestern in Bonn. Politiker, so Saxer, verlören durch wachsenden Populismus, Medien durch den härter werdenden Konkurrenzkampf an Glaubwürdigkeit.

Hans Mathias Kepplinger, Kommunikationswissenschaftler an der Universität Mainz, untersuchte die Berichterstattung über die Stasi-Kontakte des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe und die fremdfinanzierten Dienstreisen des ehemaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth. Ergebnis: Das Thema „Stolpe“ war zwar erheblich länger auf der publizistischen Tagesordnung, im Gegensatz zu Späth ist er jedoch heute noch im Amt. Das Verhalten von Späth, so die Studie, sei eindeutiger „skandalisiert“ worden. Kepplinger: „Über Skandale läßt sich nicht mehr kontrovers diskutieren.“

Wer Späths Verhalten verteidigt hätte, hätte sich selbst der Amoralität bezichtigt. In beiden Fällen habe die „Hinterbühne“, also der Raum, wo Beziehungen gepflegt und Hintergrundgespräche geführt werden, eine entscheidende Rolle gespielt. „Insider“, so Kepplinger, „wissen oft schon lange von politischen Skanda-

len.“ Die Frage sei lediglich, wer wann den Vorhang der Hinterbühne beiseite ziehe. Die Regeln hierfür hätten sich gewandelt. Dies sei die Erklärung für die wachsende Zahl von Enthüllungen.

„Presserat ein zahnloser Tiger“

In einem anderen Fall — das Land Baden-Württemberg wollte eine Sondermüllverbrennungsanlage installieren — haben die Politiker gezielt die Medien informiert, die nicht unmittelbar mit der Region in Verbindung standen. In der weit entfernten Landespressekonferenz erwartete man weniger Widerstand als in der Lokalpresse.

Otfried Jarren von der Universität Hamburg ging noch einen Schritt weiter: Er konstatierte, daß die Journalisten von den Politikern abhängiger seien als umgekehrt. Der Konkur-

renzkampf der Medien erlaube den Journalisten nicht, einzelne unliebsame Politiker aus der Berichterstattung auszuschließen. Dagegen würden die Politiker zumindest zeitweise unliebsame Journalisten aus bestimmten Informationszirkeln ausschließen.

Skandale behalten Konjunktur, die Tabus in der politischen Berichterstattung werden weiter fallen, so ein Fazit der Studie. Wolfgang Donsbach, Kommunikationswissenschaftler an der TU Dresden, fordert deshalb stärkere Sanktionen für den Journalismus. Der Presserat, da war sich das Podium einig, sei ein „zahnloser Tiger“. Vielmehr sollten in journalistischen Fachzeitschriften grobe Verstöße gegen ethische Grundsätze des Journalismus namentlich und damit öffentlich gemacht werden. Saxer forderte beide Seiten indes auf, ihre professionelle Distanz wiederherzustellen und zu wahren (s. KOMMENTAR).